

Giuliani: US-Regierung will Umsturz im Iran herbeiführen

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | 06.05.2018 – Trump-Berater Giuliani erklärt, dass die USA einen Regime-Wechsel im Iran herbeiführen wollen.



Der frühere Bürgermeister von New York, Rudy Giuliani, mit Donald Trump vor dem Clubhaus des Trump International Golf Club, in New Jersey, am 20. November 2016

US-Präsident Donald Trump strebt nach Angaben seines Rechtsberaters Rudy Giuliani einen Umsturz im Iran an. Vor iranischstämmigen Amerikanern sagte der frühere New Yorker Bürgermeister am Samstag in Washington: „Wir haben einen Präsidenten, der knallhart ist, einen Präsidenten, der nicht auf Schwarzmaler hört, und einen Präsidenten, der dem Regimewechsel (in Teheran) genauso verpflichtet ist wie wir.“

Bis zum 12. Mai will Trump darüber entscheiden, ob die wegen des Atom-abkommens mit Teheran ausgesetzten Sanktionen gegen den Iran außer Kraft bleiben. Das Abkommen soll den Iran am Aufbau einer Atomstreitmacht hindern, geht Trump aber nicht weit genug.

Mit abfälligen Gesten deutete Giuliani an, dass Trump sich gegen den Verbleib seines Landes in dem Atomabkommen entscheiden werde, das auch von Russland,

China, Frankreich, Großbritannien und Deutschland ausgehandelt wurde. Er verwies dabei auf den Einfluss von Trumps neuem Außenminister Mike Pompeo und Sicherheitsberater John Bolton.

„Was wird mit dieser Vereinbarung geschehen?“, fragte Giuliani rhetorisch. Pantomimisch tat er so, als zerrisse er ein Blatt Papier und spucke darauf.

Nach der Rede bekräftigte Giuliani seine Unterstützung für einen Umsturz im Iran. „Er ist der einzige Weg zum Frieden im Nahen Osten. Er ist wichtiger als ein israelisch-palästinensischer Deal“, sagte laut CNN.

Nach Abschluss des Atomabkommens mit dem Iran 2015 hatten die USA unter Präsident Barack Obama ihre Wirtschaftssanktionen gegen den Iran nicht abgeschafft, sondern nur ausgesetzt. Bis zum 12. Mai muss Trump entscheiden, ob es vorerst dabei bleibt. Die Europäer dringen darauf, an dem Abkommen festzuhalten.

Ob Trump wirklich einen Umsturz im Iran herbeiführen will, ist unklar. Auch gegen Nordkorea hatte die US-Regierung zum Mittel der militanten Rhetorik gegriffen, ehe sich die Bedrohung quasi über Nacht im Nichts auflöste und nun mit einem geplanten Treffen Trumps mit dem nordkoreanischen Präsidenten Kim eine Rückkehr zur Diplomatie gefunden wurde. Der neue Außenminister Mike Pompeo ist allerdings wie der neue Sicherheitsberater John Bolton ein Vertreter einer aggressiven Politik gegen den Iran.

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu kündigte am Sonntag an, dass Israel zu einem Krieg mit dem Iran bereit sei. Eine pathetische Rede Netanjahus mit angeblichen Beweisen gegen den Iran war zuvor weitgehend verpufft. Netanjahu befindet sich in einem Wettlauf mit der Zeit: [Es wird erwartet, dass die Staatsanwaltschaft schon bald Anklage gegen Netanjahu wegen Korruption erheben wird.](#)

[Sollte US-Präsident Donald Trump die Vereinbarung aufkündigen](#), würden die Vereinigten Staaten dies bereuen „wie niemals zuvor in ihrer Geschichte“, sagte der iranische Staatschef Hassan Ruhani am Sonntag in einer im Fernsehen übertragenen Rede. Ruhani zeigte sich bereit, über die Rolle des Irans in der Region zu verhandeln. Teheran werde aber „so viele Raketen und Waffen bauen wie gebraucht werden“, bekräftigte er. „Wir werden mit niemandem über unsere Waffen oder unsere Verteidigung verhandeln.“

„Trump soll wissen, dass unser Volk vereint ist“, sagte Ruhani. Auch das „zionistische Regime“ solle sich dessen bewusst sein, drohte er in Richtung Israel. Der Präsident bekräftigte, dass sein Land Vorbereitungen getroffen habe für den Fall, dass die USA sich aus dem Abkommen zurückziehen. Er habe der iranischen Atombehörde entsprechende Anweisungen erteilt, sagte Ruhani. Einzelheiten nannte er nicht.

Am Donnerstag hatte der außenpolitische Berater von Irans geistlichem Oberhaupt Ayatollah Ali Chamenei angekündigt, sich bei einem Rückzug der USA aus dem Atomabkommens ebenfalls nicht mehr an die Vereinbarung zu halten.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron rechnet für den Fall, dass Trump das Abkommen aufkündigt, mit dem Schlimmsten. „Das heißt, wir würden die Büchse der Pandora öffnen, es könnte Krieg geben“, sagte Macron dem „Spiegel“. Der britische Außenminister Boris Johnson brach am Sonntag zu einem zweitägigen Besuch nach Washington auf, um dort mit Mitgliedern der US-Regierung und dem Kongress unter anderem über das Atomabkommen zu sprechen.

Das 2015 in Wien zwischen dem Iran und den fünf UN-Vetomächten sowie Deutschland geschlossene Abkommen soll verhindern, dass Teheran die Fähigkeiten zur Entwicklung von Atomwaffen erlangt. Gemäß dem Abkommen hat Teheran die Urananreicherung deutlich reduziert und verschärfte Kontrollen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zugelassen. Im Gegenzug wurden die im Atomstreit verhängten Finanz- und Handelssanktionen aufgehoben.

Bundesregierung:

Können deutsche Unternehmen nicht vor US-Sanktionen schützen

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | 11.05.2018 – Die Bundesregierung steht den drohenden US-Sanktionen gegen deutsche Unternehmen im Iran eigenen Bekundungen zufolge hilflos gegenüber.

Um die Folgen der US-Sanktionen gegen den Iran für die deutsche Wirtschaft zu prüfen, hat die Bundesregierung einem Bericht der Bild-Zeitung zufolge einen eigenen Stab mit Mitarbeitern von Außen-, Wirtschafts- und Finanzministerium gebildet. Einer ersten internen Einschätzung zufolge seien die meisten deutschen Firmen, die Handel mit dem Iran treiben oder dort Investitionen unterhalten, vor künftigen US-Sanktionen gegen sie kaum zu schützen, sollten sie ihre Geschäfte weiterführen, berichtete das Blatt am Freitag.

Ähnlich äußerte sich Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier. Es gebe juristisch keine Möglichkeit, deutsche Firmen gegen Entscheidungen der USA zu schützen. Als Bundeswirtschaftsminister werde er sich auch nicht in betriebswirtschaftliche Entscheidungen einmischen.

Altmaier lehnt zudem Forderungen nach einem Fonds für im Iran engagierte deutsche Unternehmen zur Abfederung der angedrohten US-Sanktionen ab. Er warne davor, solche Vorschläge ins Gespräch zu bringen, sagte der CDU-Politiker am Freitag im Deutschlandfunk. Mit Blick auf bereits bestehende Export-Garantien sagte er, es gebe im Moment keinen Grund, „das bewährte System der Hermes-Bürgschaften zu ändern“. Man sei erst am Anfang der Diskussion, wie man Konsequenzen auch für deutsche Unternehmen und Arbeitsplätze vermeiden könne.

„Wir sind bereit, mit allen betroffenen Unternehmen darüber zu reden, was wir tun können, um die negativen Folgen nach Möglichkeit zu begrenzen“, sagte Altmaier. „Das heißt, es geht konkret um Schadensbegrenzung.“



Bundeskanzlerin Angela Merkel mit US-Präsident Donald Trump

US-Präsident Donald Trump hatte am Dienstag angekündigt, aus dem Atomabkommen mit dem Iran auszusteigen und ausgesetzte Sanktionen wieder in Kraft zu setzen. Die westlichen Partner Deutschland, Frankreich und Großbritannien wollen an dem Abkommen festhalten und versuchen, in Verhandlungen mit Teheran die Übereinkunft zu retten.

Nach Angaben der US-Regierung gelten die Strafmaßnahmen „ab sofort“ für alle Neuverträge. Ausländische Firmen, die bereits im Iran seien, hätten drei bis sechs Monate Zeit, um das Land zu verlassen. Ansonsten werde ihnen der Zugang zum US-Markt verwehrt.

Frankreich will im Gegensatz zur Bundesregierung zusammen mit europäischen Partnern der EU-Kommission Vorschläge zur Abwehr von US-Sanktionen vorlegen. Man könne nicht weiter in die gleiche Richtung gehen und sich US-Entscheidungen unterwerfen, sagte Finanzminister Bruno Le Maire am Freitag vor Journalisten.

Von den US-Sanktionen nach der Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran können auch europäische Firmen betroffen sein. Le Maire hatte bereits angekündigt, französische Firmen davor schützen zu wollen und dabei Druck auf seine europäischen Partner gemacht. Europa brauche Finanzinstrumente, die es von den USA unabhängiger machten.

US-Regierung entzieht Airbus Export-Lizenz für den Iran

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | 09.05.2018 – Die US-Regierung wird Airbus und Boeing die Exportlizenzen für Geschäfte mit dem Iran entziehen. Die Maßnahme trifft Airbus schwer.



Die jüngste Entscheidung von US-Präsident Trump trifft Airbus schwer

Der drohende Verlust milliardenschwerer Aufträge setzt Airbus zu. Die Aktien des europäischen Flugzeug-Herstellers fielen an der Pariser Börse um 1,1 Prozent. Auslöser der Verkäufe war [die Aufkündigung des Atom-Abkommens mit Iran durch die USA](#). Gleichzeitig drohte US-Präsident Donald Trump mit neuen Sanktionen. In diesem Zusammenhang kündigte US-Finanzminister Steven Mnuchin an, Airbus und dem Rivalen Boeing die Lizenz zum Verkauf von Passagiermaschinen an Iran zu entziehen. Die beiden Firmen sagten, sie wollten die US-Entscheidung prüfen. Zu möglichen Ausfällen wollten sie sich nicht äußern.

Damit steht die Bestellung von 200 Fliegern für IranAir mit einem Listenpreis von insgesamt 38,3 Milliarden Dollar auf der Kippe. Die Hälfte dieser Aufträge entfällt auf Airbus. Erschwerend komme hinzu, dass der europäische Konzern diese Bestellungen bereits in seine Bücher aufgenommen habe, sagte Analyst Richard Aboulafia vom Branchendienst Teal.

Auch Siemens könnte von den Sanktionen betroffen sein. Finanzvorstand Ralf Thomas hält sich mit einer Bewertung des Ausstiegs der USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran zurück. „Wir nehmen zur Kenntnis, dass eine der wichtigsten Wirtschaftsnationen der Welt eine politische Entscheidung getroffen hat“, sagte Thomas am Mittwoch in München. Als Industrieunternehmen

müsse Siemens damit umgehen. Man sei noch dabei, die Folgen zu analysieren.

Siemens hatte am Mittwochmorgen seine Gewinnprognose für das laufende Geschäftsjahr angehoben, aber seine Sorgen über externe Einflüsse bekräftigt. Geopolitische Unsicherheiten wie Handels-Beschränkungen könnten sich negativ auf das Investitionsklima auswirken. Derzeit sei davon aber nichts zu sehen.

Erst im vergangenen Jahr hatte Siemens einen Sonderertrag von 130 Millionen Euro verbucht, weil Aufträge im Iran nach dem Ende der Sanktionen wieder auflebten. „Wir werden Dinge, die wir begonnen haben, im rechtlichen Rahmen auch zum Ende bringen“, sagte Thomas.

France vows to trade with Iran in defiance of US

Europe: Are we America's vassals ?'

By [VT Senior Editors](#)

VT, May 11, 2018



[From RT.com](#)

On the heels of Trump's withdrawal from the Iran deal, France's economy minister has urged Europe to stop acting like "US vassals" and continue trading with Tehran in defiance of what "the global economic policeman" has in store.

"Do we want to be vassals who obey decisions taken by the United States while clinging to the hem of their trousers?" Bruno le Maire asked in an emotional interview with [Europe 1](#).

"Do we want the United States to be the economic policeman of the planet? Or do we Europeans say that we have economic interests, we want to continue to trade with Iran as part of a strategic agreement?" he asked, adding: *"It's time for all European states to open their eyes."*



[EU wants to 'replace' US after it ditched Iran nuclear deal. But can it?](#)

His interview comes on the back of Washington's decision to pull out of a milestone 2015 deal that sought to curb Iran's nuclear program in exchange for lifting decades-long sanctions and wider economic cooperation. The move was coupled with renewed restrictions targeting trade with Iran.

On Thursday, US individuals and entities were barred from doing business with six Iranian individuals and three companies that the Treasury claims have ties to the Revolutionary Guards. The US also says companies doing business in Iran now have six months to halt economic activity, and cannot sign new contracts or they will face sanctions.

Addressing the sanctions, le Maire said he had called his US counterpart Steven Mnuchin and asked him *"about either exemptions for a number of our companies, or longer deadlines [to comply with renewed sanctions]."* Plane-maker Airbus, oil giant Total, and car manufacturers such as Renault and Peugeot could be among the French companies affected the most.

In the meantime, the minister urged other European nations to step up their economic sovereignty. In the coming weeks and months, France will reach out to other

countries and look at *“how to endow Europe with financial tools to become independent from the United States.”*

At the end of May, le Maire will meet British and German finance ministers to also look at *“what we can do in response to these US decisions on extraterritoriality,”* the minister said, adding that *“It is urgent to go from words to deeds.”*

The French minister told reporters that European countries do realize that *“we cannot keep going in the direction we are headed today whereby we submit to American decisions.”* He said France, together with other European partners, *“hopes to present proposals to the European Commission which go in this sense.”*

[READ MORE: Washington’s Iran sanctions bite: Germany trying to ‘minimize’ damage, France wants exemptions](#)



Other European powers have advocated regaining independence in world affairs in last days. Honoring French President Emmanuel Macron, who came to Aachen, Germany, to receive the prestigious Charlemagne Prize, Chancellor Angela

Merkel said *“it’s no longer the case that the United States will simply just protect us,” urging Europe “to take its fate into its own hands.”*

France, the UK and Germany have all said earlier that they will continue to work with Iran to try to save the 2015 nuclear agreement. Berlin, in particular, promised it would help affected companies to *“minimize the negative consequences”* of the US move, with Economy Minister Peter Altmaier saying: *“That means, it is concretely about damage limitation.”*

Angela Merkel träumt von einer Welt, die es nicht gibt

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | 12.05.2018 – Bundeskanzlerin Merkel hat auf dem Katholikentag den „Multilateralismus“ verteidigt. Ihre Aufgabe wäre allerdings die Wahrung der deutschen Interessen in einer sich rasant verändernden Welt.



Bundeskanzlerin Angela Merkel am 11. 05. 2018 auf dem Katholikentag in Münster

Assad's exclusive interview with Kathimerini – YouTube

https://www.youtube.com/watch?v=JNuOPwfj_3Y

Fast hätte man den Eindruck gewinnen können, Angela Merkels Rede auf dem Katholikentag in Münster war die Bewerbung für ein internationales Amt. In einem Impulsreferat pries Merkel den „Multilateralismus“ als beste Lösung für die Probleme der Welt. Wenn man international nicht zusammenarbeite, „dann macht eben jeder, worauf er Lust hat. Dann ist das eine schlechte Nachricht für die Welt“, sagte Merkel. Und weiter: „Für die Bundesregierung kann ich sagen: Wir entscheiden uns auch in schweren Zeiten für die Stärkung des Multilateralismus.“

Die Teilnehmer des Katholikentages applaudierten heftig – wohl, weil sie unter „Multilateralismus“ eine bessere Welt verstehen; weil sie hoffen, dass diese Welt besser werde, wenn bloß alle immer miteinander reden und möglichst alle Entscheidungen in einer Art des globalen Konsenses treffen und am Ende alle glücklich werden.

Diese Vision mag für Katholiken verständlich sein. Doch die Aufgabe einer Regierung ist es nicht, für den Weltfrieden zu sorgen. Die Aufgabe der Bundeskanzlerin ist es, den Frieden in Deutschland zu sichern, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und mit äußerster Entschiedenheit für die Interessen Deutschlands und seiner Bürger einzutreten.

Denn der von Merkel skizzierte „Multilateralismus“ scheitert schon an den Fakten: Wenn diese nämlich verdreht werden, ist kein Frieden möglich und es ist auch kein echter Multilateralismus. Er ist ein Schlagwort für die nebulöse Interessenpolitik von internationalen Netzwerken aus Rüstungs-, Finanz- und Wirtschaftsinteressen, die keine Transparenz kennen und keiner wie immer gearteten rechtsstaatlichen Kontrolle unterliegen.

Drei Beispiele: Merkel sagte, dass in Syrien zahlreiche internationale Player ihre Interessen auf Kosten des syrischen Volkes durchzusetzen versuchen. Das ist – abstrakt gesehen – richtig.

Doch laut Merkel sind die Player, die die Syrer drangsalieren „Russland, die Türkei, der Iran, Saudi-Arabien“.

Mit keinem Wort werden die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, die Niederlande oder Deutschland erwähnt, die in Syrien einen völkerrechtswidrigen Krieg führen, indem sie entweder Soldaten am Boden haben, lokale Kampf-Gruppen finanzieren und ausrüsten oder den Krieg durch Logistik und Aufklärung unterstützen.

Zu Libyen sagte Merkel, wie schrecklich es sei, dass das Land faktische keine staatlichen Strukturen mehr habe und daher die Menschenrechte der aus Afrika nach Libyen gekommenen Migranten und Flüchtlinge mit Füßen getreten werde. **Kein Wort davon, dass die Zerstörung Libyens die direkte Folge eines vom Westen multilateral geführten Angriffskrieges ist und daher der**

multilateral organisierte West-Block für das Elend verantwortlich ist, das Merkel jetzt beklagt.

Zur Ukraine sagte Merkel, dass dort keine Frieden herrsche und täglich Meldungen von getöteten ukrainischen Soldaten bedrückend sein. Kein Wort über die fortgesetzte Aggression der vom deutschen Steuerzahler mitfinanzierten ukrainischen Regierung, die den Konflikt genauso am Köcheln hält wie die Separatisten im Donbass. Kein Wort auch davon, dass in der Ukraine nicht etwa eine neutrale UN-Truppe für die Einhaltung des Waffenstillstands sorgt, **sondern die multilateral organisierte Nato entgegen aller friedenserhaltenden Vernunft ihre Kapazitäten konsequent aufbaut und daher eine russische Reaktion an der Grenze so logisch ist wie das Amen auf dem Katholikentag.**

Die Grenzen des Dialogs, den sich die Katholiken so sehnlich wünschen, sind bei Merkel übrigens dann erreicht, wenn sie ausdrücklich sagt: „Mit Assad rede ich nicht.“ Warum eigentlich nicht? Wenn man sich die Interviews des syrischen Präsidenten ansieht, zuletzt mit der angesehenen griechischen Zeitung Kathimerini (Video am Anfang des Artikels), dann hat man nicht den Eindruck, dass man mit Assad nicht sehr vernünftig sprechen könnte.

Assad ist geradezu eine Symbolfigur dafür, wohin der fehlgeleitete Multilateralismus führt: Der Präsident Syriens kämpft verzweifelt um sein Land und sein Volk – und sicher auch um seine Macht. Doch ist er im Nahen Osten einer der letzten Politiker, der sich bemüht, die aktuelle Christenverfolgung zu unterbinden – obwohl er kein Christ ist und zu der die katholische Kirche bisher beschämend und beharrlich geschwiegen hat. Die multilateral verhängten Sanktionen der EU und der USA vergrößern das Leid der Zivilbevölkerung und treiben sie in die Flucht. [Der Hilferuf der christlichen Führer des Landes an Europa verhalte bisher ungehört.](#)

Die Katholiken in Münster, die immerhin viele Fragen zu den Rüstungsexporten zu stellen wagten, mögen von einer besseren Welt träumen. Die Aufgabe der deutschen Bundesregierung wäre es, sich in trockenem Realismus zu üben und sich nicht hinter multilateralen Koalitionen zu verstecken, die allein mit dem Schlachtruf des „Terrors“ ihre Gegner für vogelfrei erklären und Diskussionen über die Sinnhaftigkeit und Unmoral von multilateral geführten Kriegen mit diesem Schlachtruf im Keim ersticken.

Selbst für die Katholiken gilt die Überzeugung, dass das Reich ihres Gottes – also ein perfekt friedliches – nicht „von dieser Welt“ ist. Das Handeln einer gewählten säkularen Regierung muss gerade in einer Zeit der allgemeinen Aufsplitterung der nationalen Interessen von der Erkenntnis getragen sein, **dass man das eigene Haus in Ordnung halten muss und mit seinen Nachbarn einen undogmatischen Umgang praktizieren muss, um die Interessen des eigenen Landes angemessen vertreten zu können. Alles andere ist entweder Träumerei oder**

Größenwahn und führt – wie die Geschichte täglich zeigt – geradewegs in das Scheitern vor der Geschichte.